



# Die staatliche Fossil-Milliarde wackelt

Die Abschaffung von klimaschädlichen Subventionen ist nicht mehr tabu.

**Wien.** Die Abschaffung der klimaschädlichen Subventionen ist in Österreich ein heikles Thema. So heikel, dass selbst die Grünen im Wahlkampf empört bestritten haben, das Pendlerpauschale streichen zu wollen. Doch in den nun laufenden Koalitionsverhandlungen von ÖVP, SPÖ und Neos stehen auch die rund fünf Milliarden Euro an fossilen Förderungen auf dem Prüfstand. Gefüttert werden die Verhandler dabei auch mit den Vorschlägen vom Kontext Institut für Klimafragen. „Eine Reform des Pendlerpauschale wird häufig als Ding der Unmöglichkeit dargestellt. Wir zeigen, wie es gehen kann“, sagt deren Vorstandin Katharina Rogenhofer. Konkret nimmt das Institut drei Subventionen im Verkehrsbereich ins Visier, deren Abschaffung bzw. Neugestaltung jährlich 764.000 Tonnen CO<sub>2</sub> einsparen und der Republik eine gute Milliarde Euro fürs Budget bringen würde.

## Teurerer Diesel

Die 510 Millionen Euro teure Pendlerförderung soll um die Hälfte billiger werden, indem statt Geld nur noch Jahrestickets verteilt werden, wenn die Nutzung von Bus und Bahn gut möglich ist. Für Menschen an entlegeneren Orten schlagen die Autorinnen zusätzlich ein Kilometergeld bis zum nächsten öffentlichen Verkehrsknotenpunkt vor.

Die Tatsache, dass für einen Liter Diesel um 8,5 Cent weniger Steuer anfallen als für einen Liter Benzin, habe „keine Daseinsberechtigung mehr“. Der Steuersatz solle in drei Jahren schrittweise an jenen für Benzin angeglichen werden. Für Landwirte ist eine befristete Rückvergütung kalkuliert. Trotzdem käme der Staat auf Mehreinnahmen von 500 Millionen Euro im Jahr.

300 Millionen Euro an Mehreinnahmen könnte eine Reform der Besteuerung von Dienstwagen bringen, wenn sie in eine kilometerabhängige Abgabe transformiert würde. (auer)